

**Höchstspannungsleitung
Osterath – Philippsburg; Gleichstrom
Vorhaben gemäß Nr. 2 der Anlage zu
§ 1 Abs. 1 BBPlG ("Ultraset")
Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungstechnik
(HGÜ)**

**Hier: Unterlagen gemäß § 21 NABEG für das
Planfeststellungsverfahren für den Abschnitt
Landesgrenze NRW / RLP – Pkt. Koblenz**

Register 25

Landwirtschaftliche Belange

Auftraggeber

**Amprion GmbH
Dortmund**

Juni 2024

Vorhabenträgerin:**Amprion GmbH**

Robert-Schuman-Str. 7
44263 Dortmund

Ansprechpartnerin:

Susanne Ende
Netzprojekte
Gleichstrom-Netzprojekte Ultramet
Info-Hotline: 0800 – 5895 2473
E-Mail: ultranet@amprion.net

Gutachterbüro:

Institut für Landschaftsentwicklung
und Stadtplanung (ILS Essen GmbH)
Frankenstr. 332
45133 Essen

Bearbeitung:

Dipl.-Ökol. Gudrun Christiansen
Dipl.-Ing. Joachim Weiland
M. Sc. Biodiv. u. Ökol. Antje Kieburg
Dipl.-Umweltwiss. Judith Schonnefeld

Inhaltsverzeichnis

1	Einführung.....	4
1.1	Ausgangslage	4
1.2	Zielsetzung.....	4
1.3	Rechtliche Relevanz	4
2.	Analyse des Vorhabens im Hinblick auf Landwirtschaftliche Belange.....	5
2.1	Kurzbeschreibung des Vorhabens	5
2.2	Einfluss des Vorhabens auf die Landwirtschaft	6
3.	Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Fläche für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen.....	8

1 Einführung

1.1 Ausgangslage

Der hier verfahrensgegenständliche Abschnitt „Landesgrenze NRW / RLP – Pkt. Koblenz“ führt über weite Strecken durch landwirtschaftlich geprägte Gebiete. Im Leitungsschutzstreifen liegen landwirtschaftlich genutzte Flächen, die durch das Vorhaben zum Teil dauerhaft oder temporär in Anspruch genommen werden.

Die Umsetzung des Vorhabens im Abschnitt „Landesgrenze NRW / RLP – Pkt. Koblenz“ führt nicht zu notwendigen Folgemaßnahmen an anderen Anlagen i. S. v. § 75 Abs. 1 Satz 1 VwVfG. Über das Vorhaben selbst hinausreichende Eingriffe durch notwendige Folgemaßnahmen sind daher nicht gegeben.

1.2 Zielsetzung

Ziel der folgenden Betrachtung ist es darzulegen, inwieweit landwirtschaftlich genutzte Flächen dauerhaft oder temporär durch das Vorhaben in Anspruch genommen werden.

Ferner wird dargelegt, welche Mindest-Bodenabstände im Leitungsschutzstreifen zwischen den Leiterseilen und landwirtschaftlich genutzten Flächen eingehalten werden, sodass die landwirtschaftliche Nutzung und der sichere Betrieb landwirtschaftlicher Maschinen ohne wesentliche Einschränkungen gewährleistet ist. Ebenso wird aufgezeigt, welche Mindest-Bodenabstände im Leitungsschutzstreifen zwischen den Leiterseilen und Zuwegungen zu landwirtschaftlich genutzten Flächen eingehalten werden, sodass die Nutzung der Zuwegungen durch landwirtschaftliche Maschinen ohne wesentliche Einschränkungen gewährleistet ist. Im Rahmen der Maststandortwahl wurde geprüft, inwieweit die Masten in die Nähe von Wirtschaftswegen verlegt werden können, um mittels kürzerer Zufahrten die Nutzungseinschränkungen bei der Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Flächen zu minimieren. Auch wird dargestellt, inwieweit bestehende Masten zurückgebaut und die zuvor in Anspruch genommenen Flächen einer landwirtschaftlichen Nutzung verfügbar gemacht werden.

1.3 Rechtliche Relevanz

Landwirtschaftliche Belange im Allgemeinen sind im Rahmen der Abwägungsentscheidung zu berücksichtigen. Dabei wird insbesondere der Aspekt der Flächeninanspruchnahme in den Blick zu nehmen sein. Daneben können konkrete landwirtschaftliche Betriebe und deren rechtlich geschützten Interessen als Abwägungsbelange zu berücksichtigen sein, wenn insoweit konkrete Beeinträchtigungen geltend gemacht werden.

2. Analyse des Vorhabens im Hinblick auf Landwirtschaftliche Belange

2.1 Kurzbeschreibung des Vorhabens

Der verfahrensgegenständliche Abschnitt hat eine Länge von ca. 43,7 km und verläuft in Nord-west-Südost-Richtung beginnend im Bereich der Landesgrenze NRW / RLP (Mast 99, Bl. 4197) nördlich der Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler bis hin zum Pkt. Koblenz, welcher sich innerhalb von Gewerbeflächen der Stadt Koblenz (Stadtteil Wallersheim) befindet. Die Trasse verläuft dabei durch die Landkreise Ahrweiler, Mayen-Koblenz und Koblenz (RLP).

Innerhalb dieses Abschnitts (zwischen Landesgrenze NRW/RLP und dem Pkt. Koblenz) ist geplant und beantragt, einen bestehenden Drehstromkreis zukünftig als ± 380 -kV Gleichstromkreis zu nutzen und die dafür notwendigen technischen Anpassungen vorzunehmen (vgl. Kapitel 4.2 in Register 1). Dies betrifft:

- die bestehende 110-/380-kV-Höchstspannungsfreileitung Weißenthurm – Sechtem, Bl. 4197,
- die bestehende 220-/380-kV-Höchstspannungsfreileitung Pkt. Neuenahr – Koblenz, Bl. 4502,
- die bestehende 220-/380-kV -Höchstspannungsfreileitung Weißenthurm – KKW Kärlich, Bl. 4130 und
- die bestehende 380-kV-Höchstspannungsfreileitung Brauweiler – Koblenz, Bl. 4511.

Der ± 380 -kV Gleichstromkreis soll alternativ auch temporär als 380-kV Drehstromkreis betrieben werden (vgl. Kapitel 5.5.1 in Register 1).

Antragsgegenstand ist damit insgesamt die Änderung bestehender Leitungen im Sinne des § 3 Nr. 1 NABEG, § 18 Abs. 3b Satz 4 NABEG.

Darüber hinaus gehören folgende Bestandteile bzw. Maßnahmen zum antragsgegenständlichen Vorhaben:

- Gemäß § 18 Abs. 5 NABEG i. V. m. § 43c EnWG, § 75 Abs. 1 Satz 1 VwVfG wird durch die Planfeststellung die Zulässigkeit des Vorhabens (hier: des Abschnittes „Landesgrenze NRW / RLP – Pkt. Koblenz“) einschließlich der notwendigen Folgemaßnahmen an anderen Anlagen im Hinblick auf alle berührten öffentlich-rechtlichen Belange festgestellt. Vorliegend sind jedoch keine Folgemaßnahmen an anderen Anlagen notwendig (vgl. Kapitel 7 in Register 1).
- Weiterhin sind auch (ggf. vorgezogene) landschaftspflegerische und naturschutzfachlich erforderliche Kompensationsmaßnahmen (Ausgleich / Ersatz, CEF-Maßnahmen, Schadensbegrenzung) als Ergebnis der durchzuführenden Ermittlung von Eingriffsfolgen Bestandteil des beantragten Vorhabens (vgl. Register 18, 19 und 20).
- Auch die für die Umsetzung des Vorhabens erforderlichen Provisorien sind Bestandteil des beantragten Vorhabens (vgl. Kapitel 1.3 in Register 1).

Eine detaillierte Beschreibung des Vorhabens ist im Erläuterungsbericht (Register 1) enthalten.

2.2 Einfluss des Vorhabens auf die Landwirtschaft

Eine Neuinanspruchnahme von landwirtschaftlichen Flächen über Mastneubauten / -ersatzneubauten liegt für das gegenständliche Vorhaben nicht vor. Ebenfalls erfolgen keine Rückbauten von Bestandsmasten, über die potenziell Flächen freigegeben und insoweit, abhängig von ihrer Lage, einer landwirtschaftlichen Nutzung wieder zur Verfügung gestellt werden könnten.

Die für dieses Vorhaben vorgesehene Umnutzung der bestehenden Höchstspannungsfreileitungen führt zwischen dem Pkt. Kettig West und dem Pkt. Koblenz (Bl. 4511) nur zu geringen Veränderungen der Bestandssituation. Die Fundamente zu erhöhender Maste (Nr. 273, 274, 275, 276, 279, 283, 285, 290, 291, 296) werden verstärkt (siehe Karte 5.2.1 Blätter 24-29 in Anhang A von Register 17). Durch die Fundamentverstärkungen werden pro Mast ca. 2-3 m² Fläche dauerhaft neu beansprucht, da sich der Durchmesser der Fundamentköpfe je Mastestiel vergrößert.

Dauerhafte und temporäre Flächeninanspruchnahme

Durch die Fundamentverstärkungen der zu erhöhenden Bestandsmasten Nr. 274, 275, 276, 279, 283, 285 und 290 (Bl. 4511) des Vorhabens wird eine landwirtschaftlich genutzte Fläche von 80,26 m² dauerhaft neu in Anspruch genommen (vgl. Tabelle 1). Die übrigen 33,97 m² neu beanspruchte Flächen befinden sich nicht im Bereich landwirtschaftlich genutzter Umgebung. Weitere Einschränkungen bei der Bewirtschaftung hinsichtlich der Näherung landwirtschaftlicher Maschinen an die Masten ergeben sich nicht.

Tabelle 1: Dauerhafte Flächeninanspruchnahme durch Fundamentverstärkungen

	Durchmesser der Rundköpfe [m]			
Mast-Nr.	Vorher	Nachher	Zusätzlich beanspruchte Fläche [m²]	Landwirtschaftliche Nutzung in der Umgebung
Bl. 4511				
273	1,20	2,10	9,33	Nein
274	1,20	2,10	9,33	Ja
275	0,70	2,10	12,32	Ja
276	0,70	2,10	12,32	Ja
279	0,70	2,10	12,32	Ja
283	1,20	2,10	9,33	Ja
285	0,70	2,10	12,32	Ja
290	0,70	2,10	12,32	Ja
291	0,70	2,10	12,32	Nein
296	0,70	2,10	12,32	Nein
			Summe: 114,23	

Für Arbeitsflächen und Zuwegungen werden ca. 11,5 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche temporär während der Bauphase in Anspruch genommen. Weitere Einschränkungen bei der Bewirtschaftung hinsichtlich der Näherung landwirtschaftlicher Maschinen ergeben sich nicht.

Die dauerhafte Flächeninanspruchnahme für Bau, Betrieb und Unterhaltung der Leitung wird auf den Grundstücken Dritter in der Regel über eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit (Leitungsrecht) i. S. von § 1090 Abs. 1 BGB gesichert. Die Vorhabenträgerin wird, soweit vorhandene Dienstbarkeiten oder Gestattungsverträge für die geplanten Maßnahmen nicht ausreichen sollten, den Grundstückseigentümern der in Anspruch zu nehmenden Grundstücke gegen Bezahlung einer angemessenen Entschädigung den Abschluss einer Vereinbarung und Eintragung einer beschränkten persönlichen Dienstbarkeit anbieten (vgl. Register 1, Kapitel 9.1).

Die Vorhabenträgerin wird den Grundstückseigentümern und Nutzungsberechtigten der in Anspruch zu nehmenden Grundstücke den Abschluss einer schuldrechtlichen Vereinbarung für die zeitlich beschränkte Inanspruchnahme anbieten, sofern diese nicht bereits Bestandteil einer Dienstbarkeitsvereinbarung für die dauerhafte Sicherung sind.

Hinsichtlich der temporären Flächeninanspruchnahme erfolgt vor Baubeginn eine Begutachtung der für die Baumaßnahme in Anspruch zu nehmenden Flächen seitens Amprion, der ausführenden Baufirma und den betroffenen Bewirtschaftern der Flächen. Dieses Vorgehen dient der Beweissicherung und Information zu welchem Zeitpunkt die Flächen während der Baumaßnahme in Anspruch genommen werden und gleichzeitig der Klärung, ob bauseits mögliche Optimierungen für den Bewirtschafter möglich sind. Nach Abschluss der Baumaßnahme wird durch ein Flurschadensprotokoll dokumentiert, in welcher Art und Weise der entstandene Flurschaden reguliert wird. Entstandene Flur- und Wegeschäden werden nach Abschluss der Arbeiten bewertet und durch die Vorhabenträgerin behoben oder durch die Vorhabenträgerin entschädigt (vgl. Register 1, Kapitel 5.4).

Die jeweilige Landnutzung an den Maststandorten, den Arbeitsflächen und Zuwegungen ist über die Biotoptypen in der Karte 5.2.1 in Anhang A von Register 17 dargestellt.

Maststandortwahl

Im gegenständlichen Abschnitt „Landesgrenze NRW / RLP – Pkt. Koblenz“ erfolgen keine Mastneubauten / -ersatzneubauten sowie keine Rückbauten von Bestandsmasten. Entsprechend bedarf es keinen weiteren Ausführungen zur Thematik der Maststandortwahl.

Mindest-Bodenabstände

Hinsichtlich der Nutzung landwirtschaftlicher Flächen und des sicheren Betriebs landwirtschaftlicher Maschinen kann festgehalten werden, dass diese aufgrund des gemäß DIN VDE 0210 (vgl. Register 1, Kapitel 5.1) minimalen Bodenabstandes der Leiterseile von 7,8 m über Erdoberkante ohne wesentliche Einschränkungen gewährleistet ist. Bei der Betrachtung der zu erwartenden Größen von landwirtschaftlichen Maschinen ist davon auszugehen, dass diese i. d. R. niedriger als 4 m sind. Eine landwirtschaftliche Nutzung von Acker und Grünland innerhalb des Schutzstreifens ist somit weiterhin möglich. Erhebliche Auswirkungen auf die Landwirtschaft können damit ausgeschlossen werden.

Hinsichtlich der Nutzung von Zuwegungen zu landwirtschaftlich genutzten Flächen kann festgehalten werden, dass diese aufgrund des gemäß DIN VDE 0210 (vgl. Register 1, Kapitel 5.1) minimalen Bodenabstandes der Leiterseile von 8,8 m über befestigten Wegen ohne wesentliche Einschränkungen gewährleistet ist. Im Falle unbefestigter Zuwegungen zu landwirtschaftlich genutzten Flächen wird gemäß DIN VDE 0210 ein minimaler Bodenabstand der Leiterseile von 7,8 m über diesen gewährleistet. Bei der Betrachtung der zu erwartenden Höhe von landwirtschaftlichen Maschinen ist davon auszugehen, dass diese i. d. R. niedriger als 4 m sind. Eine

Nutzung von Zuwegungen innerhalb des Schutzstreifens ist somit weiterhin möglich. Erhebliche Auswirkungen auf die Landwirtschaft können damit ausgeschlossen werden.

3. Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Fläche für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen

Gemäß § 2 Abs. 5 Bundeskompensationsverordnung (BKompV) soll zur Deckung des Kompensationsbedarfs insbesondere auf bevorratete Kompensationsmaßnahmen nach den §§ 16 und 56a des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) zurückgegriffen werden. Unter den Voraussetzungen des Absatzes 5 Satz 1 können für Kompensationsmaßnahmen laut Absatz 6 auch festgelegte Entwicklungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen sowie Maßnahmen in Maßnahmenprogrammen im Sinne des § 82 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) genutzt werden. Soweit zur Deckung des Kompensationsbedarfs nicht auf Maßnahmen nach den Absätzen 5 oder 6 zurückgegriffen wird, sind unter den Voraussetzungen des Absatzes 5 Satz 1 – Maßnahmen zur Entsiegelung, Maßnahmen zur Wiedervernetzung von Lebensräumen und Bewirtschaftungs- oder Pflegemaßnahmen zu berücksichtigen, um möglichst zu vermeiden, dass land- oder forstwirtschaftliche Flächen aus der Nutzung genommen werden (vgl. § 2 Abs. 7 BKompV i. V. m. § 15 Abs. 3 BNatSchG).

Darüber hinaus führt § 10 BKompV i. V. m. § 15 Abs. 3 BNatSchG aus, dass bei der Inanspruchnahme von land- oder forstwirtschaftlich genutzten Flächen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen auf agrarstrukturelle Belange Rücksicht zu nehmen ist. So sind insbesondere für die landwirtschaftliche Nutzung besonders geeignete Böden nur im notwendigen Umfang in Anspruch zu nehmen.

Nach Ermittlung des Kompensationsbedarfs wurden in Register 18 (LBP) Maßnahmen / Maßnahmenflächen ausgewählt, bei der keine landwirtschaftliche Fläche dauerhaft aus der Nutzung genommen wird. Es handelt sich zum einen um eine Teilfläche des Kompensationsprojekts „Streuobstwiesen Kottenheim“ (E01) sowie um eine Teilfläche des bestehenden Ökokontos „Feuchtgebiet Nothbachtal“ bei Rüber (E02). Beide Flächen befinden sich im Landkreis Mayen-Koblenz und werden von der Stiftung für Natur und Umwelt im Landkreis Mayen-Koblenz verwaltet.

Da die Maßnahme E01 die Entwicklung einer Streuobstwiese auf vorherigem Acker vorsieht, kann die Fläche weiterhin landwirtschaftlich genutzt werden.

Im Rahmen der Maßnahme E02 ist vordergründig die Entwicklung von extensiv genutztem Grünland über Mahd und / oder Beweidung auf einer ehemaligen Grünlandbrache vorgesehen sowie zu Teilen der Erhalt und / oder die Entwicklung von Sonderstandorten (das Ökokonto umfasst den Erhalt / die Entwicklung von Ufergehölzen, Großseggenrieden, Röhrichten, Still- und Fließgewässern, Feuchten Hochstaudenfluren und Pestwurzfluren). Dementsprechend kann die Maßnahmenfläche weiterhin zu einem großen Anteil landwirtschaftlich genutzt werden.